

Sperrfrist bis 20.2.2010, 16h



Medienmitteilung

Energie- statt Mehrwertsteuer

Für Rückfragen

Gerhard Schafroth, 079 509 79 49

Karin Ingold, 078 716 38 74

Martin Bäumle, 079 358 14 85

Absender

Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7, Tel +41 31 323 05 30,
eMail schweiz@grunliberale.ch, www.grunliberale.ch

Datum

19. Februar 2010

Bitte beachten Sie die Sperrfrist vom 20.2.2010, 16 Uhr

Grünliberale wollen Energie- statt Mehrwertsteuer

Die Grünliberalen präsentierten an ihrer Delegiertenversammlung in Winterthur ein neues Konzept für eine ökologische Steuerreform. Eine neue Energiesteuer soll die bisherige Mehrwertsteuer als Ertragsquelle des Bundes ersetzen. Damit wird energie- und umweltschonendes Verhalten ökonomisch interessant und der Einsatz von nicht erneuerbaren Energien wie Öl, Gas und Uran schrittweise reduziert. Die Energie- statt Mehrwertsteuer soll den Weg in Richtung 2000 Wattgesellschaft eröffnen. Die Grünliberalen wollen das Konzept nun intern diskutieren, verfeinern und vertiefen. Gleichzeitig prüfen sie die Lancierung einer Volksinitiative.

Die bisherigen Massnahmen der Schweiz hin zu einer nachhaltigen Energienutzung und zur CO2-Reduktion genügen bei weitem nicht. So steigt der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie in der Schweiz immer noch an. Für die Grünliberalen ist dies mit Blick auf die künftigen Generationen, den drohenden Klimawandel und die Herausforderungen der inländischen Stromversorgung nicht zu verantworten. Sie sind überzeugt, dass der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie in der Schweiz erst dann deutlich sinkt, wenn sich dies für alle ökonomisch spürbar lohnt.

Die Grünliberalen schlagen deshalb folgende **Massnahmen** vor:

1. **Einführung einer Steuer des Bundes auf dem Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger**
2. **Abschaffung der Mehrwertsteuer als Kompensation**
3. **Flankierende Massnahmen und Übergangsregelungen für besonders Betroffene**

Der Umstieg von der Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer führt zu einer wesentlichen Vereinfachung der Steuererhebung. Statt die Konsumsteuer bei 330'000 Unternehmen in einem komplizierten Verfahren einzutreiben, kann die Energiesteuer bei wenigen Importeuren nicht erneuerbarer Energieträger (wie Erdöl, Gas und Uran) an der Grenze erhoben werden. Die dafür notwendige Infrastruktur ist heute bei der Zollverwaltung schon vorhanden.

Mit einer schrittweisen Anpassung wird einerseits die Lenkungswirkung verstärkt und dies führt zu einer deutlichen Reduktion des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energie. Auf der anderen Seite bleibt ein genügend grosses Steuersubstrat als sichere Finanzierungsquelle des Bundes. **Die Höhe der Energiesteuer soll so angesetzt werden, dass der Gesamtertrag der Einnahmen dem heutigen (und künftigen) Ertrag der Mehrwertsteuer entspricht.** Von der Abschaffung der Mehrwertsteuer profitieren zudem zahlreiche Haushalte, Konsumenten und KMUs.

Die Energiesteuer beschleunigt die Innovation und führt zu einer indirekten Förderung der Schweizer Green-Tech-Industrie mit guten neuen Exportchancen und der Schaffung der damit verbundenen neuen Arbeitsplätze. Hinzu kommt die schrittweise Reduktion des Abflusses sehr grosser Geldbeträge aus der Schweiz an die Produzentenstaaten von Öl und Gas.

Mit diesen Massnahmen werden Energiesparen und der Umstieg auf erneuerbare Energie (z.B. aus Sonne, Biomasse, Wind und Geothermie) nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch für alle deutlich attraktiver. Die Grünliberalen wollen damit die Schweiz in eine nachhaltige Energiewende führen. Mit dem radikalen Umbau des Steuersystems wird Energie oder Benzin sparen ökonomisch interessant, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen gefördert. Liegenschaften werden aus wirtschaftlichen Gründen saniert, was Wertschöpfung im Inland bedeutet. Industrie und Gewerbe investieren in energieeffiziente Produkte und können sich so auch international Marktanteile verschaffen.

Damit die Schweizer Bevölkerung, Politik und Wirtschaft für das Projekt „Energie- statt Mehrwertsteuer“ gewonnen werden können, braucht es für einzelne besonders betroffene Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftszweige gut überlegte flankierende Massnahmen und Übergangsregelungen.